



55/2009

Kiel, 4. Mai 2009

## **Vorschau auf die Themen der Landtagssitzung: Zum Auftakt geht es erneut um die HSH-Nordbank**

Kiel (SHL) - *Finanz- und Wirtschaftsthemen stehen im Vordergrund der kommenden Plenartagung, die am Mittwoch, 6. Mai 2009, um 10:00 Uhr im Plenarsaal beginnt. Auch Europapolitik spielt im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni eine große Rolle bei den Debatten. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) aufgerufen werden.*

### **Mittwoch, 6. Mai 2009, 10:00 bis 18:00 Uhr**

#### **TOP 43 Zukünftige Aufstellung der HSH-Nordbank, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2615), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

Auf Antrag der Grünen berichtet die Landesregierung über die zukünftige Aufstellung der HSH Nordbank AG. Nach der vorgesehenen Aufspaltung in eine Kern- und eine Konsolidierungsbank ist demnach die Prüfung einer weiteren Rekapitalisierung durch die Finanzmarktstabilisierungsanstalt (SoFFin) möglich. Dies schließt auch die Prüfung des Geschäftsmodells ein. Mit Blick auf die Diskussion über mögliche Landesbankfusionen hält der Bericht fest, dass es „übergreifende Strukturveränderungen ... erst nach Bereinigung der jeweiligen kritischen Portfolien in allen Landesbanken geben“ könne. Die strategische Neuausrichtung der HSH Nordbank soll laut Bericht nicht zu Lasten der Sparkassen gehen – dafür soll mit einer neuen Verbundvereinbarung gesorgt werden, „die die derzeitige Verbundvereinbarung ergänzt und vertieft.“

#### **TOP 42 Berichterstattung zur Situation der Sparkassen, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2614), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

„Die Sparkassen sind für ein Land wie Schleswig-Holstein unverzichtbar.“ In dieser Feststellung mündet der von den Grünen beantragte Bericht der Landesregierung zur Situation der Sparkassen. Die 15 Sparkassen im Lande, elf davon in öffentlicher Hand, seien „bedeutende Eckpfeiler der Versorgung aller Bevölkerungskreise und insbesondere der mittelständischen Wirtschaft“, hält der Bericht fest. Gemäß der Regionalstatistik der Bundesbank sind die Sparkassen in Schleswig-Holstein mit einem Anteil von 35% Marktführer bei der Kreditfinanzierung von Unternehmen und Selbständigen. Allerdings räumt die Landesregierung ein, dass die Risikolage der Sparkassen durch die Finanzkrise deutlich erhöht sei. Ein Vermögensverlust in dreistelliger Millionenhöhe droht den Sparkassen aufgrund der Beteiligung an der HSH Nordbank AG. Auch die Zinsergebnisse aller Sparkassen im Lande seien rückläufig. Bedarf für mehr Transparenz der Sparkassen gegenüber ihren öffentlichen Trägern sieht die Landesregierung nicht – das geltende Sparkassenrecht trage vielmehr den „schutzwürdigen Interessen der Sparkassen“ Rechnung, betont der Regierungsbericht.

**TOP 7 Erste Lesung zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag Schleswig-Holstein (Drs. 16/2607), Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Schon 16-Jährige sollen nach dem Willen der Grünen über die Zusammensetzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages mitentscheiden können. Die Oppositionsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Senkung des aktiven Wahlalters von 18 auf 16 Jahre vorgelegt. Die Neuregelung soll ab der nächsten Landtagswahl am 9. Mai nächsten Jahres gelten. Die Initiative der Grünen zielt nur auf das aktive, nicht aber das passive Wahlrecht: 16-Jährige dürften also nur wählen, könnten aber nicht selbst Landtagsabgeordnete werden. Jugendliche sollten früher politisch mitbestimmen, heißt es zur Begründung. Bisher gibt es kein Bundesland, in dem schon 16-Jährige den Landtag wählen dürfen. Bei Kommunalwahlen haben 16-Jährige im Norden und in fünf weiteren Bundesländern bereits Wahlrecht.

**TOP 10 Erste Lesung zum Gesetz zur innerkommunalen Funktionalreform (Drs. 16/2632), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Landesregierung will die Verwaltung bürgernäher gestalten. Dieses Ziel hat ein Gesetzentwurf, wonach Kreisaufgaben auf Ämter und amtsfreie Gemeinden übertragen werden können. Voraussetzung ist, dass alle Ämter und amtsfreien Gemeinden eines Kreises bereit sind, einzelne Aufgaben zu übernehmen. Zusätzlich muss sichergestellt sein, dass die Aufgaben jeweils für mindestens 20.000 Einwohner wirtschaftlich und professionell wahrgenommen werden. In Betracht kommen die Bauaufsicht, Aufgaben

der Verkehrsaufsicht und des Naturschutzes. Konkret geht es dabei beispielsweise um Baugenehmigungen, Erlaubnisse für bestimmte Eingriffe in Natur und Landschaft oder straßenverkehrsrechtliche Anordnungen wie die Einrichtung von Tempo-30-Zonen. Nach Darstellung des Innenministeriums ist der Gesetzentwurf die Folge der Zusammenlegung von Amts- und Gemeindeverwaltungen. Deren Zahl hat sich in den vergangenen acht Jahren von 222 auf heute noch 146 verringert.

**TOP 41 Europapolitische Bedeutung des Verbraucherschutzes und Situation des Europäischen Verbraucherzentrum (EVZ), Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2613), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Auf Antrag von CDU und SPD berichtet die Landesregierung über die Bedeutung des Verbraucherschutzes in Europa und die Situation des Europäischen Verbraucherzentrums in Kiel (EVZ Kiel). Im Mittelpunkt der Debatte steht vor allem die finanzielle Lage des EVZ in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt. Das EVZ Kiel ist seit 1998 in der Landeshauptstadt ansässig. Als ein Projekt der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. wird die Einrichtung zur Hälfte aus den Mitteln des Bundeslandes finanziert. Die andere Hälfte übernimmt die Europäische Kommission. In den Jahren 2007 und 2008 belief sich der Etat auf insgesamt 485.000 Euro. Für das laufende Jahr ist der Gesamtetat der Einrichtung auf 636.000 Euro gestiegen. Kernproblem: Trotz zunehmender Harmonisierung der europäischen Märkte werden die Verbraucher oft mit unterschiedlichen Rechtsgrundlagen im Verbraucherschutz konfrontiert. Durch die finanzielle Stärkung der EVZ Kiel sollen die schleswig-holsteinischen Verbraucher nach Überzeugung des Sozialministeriums besser über die Produkte aus dem Ausland informiert werden.

**TOP 38 Entwicklung der Medizinischen Versorgungszentren, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2518), geplanter Aufruf 15:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Landesregierung berichtet über die Entwicklung der medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Schleswig-Holstein. Die Koalitionsfraktionen hatten das Papier beantragt. Medizinische Versorgungszentren sind fachübergreifende Praxen, in denen Ärzte als Angestellte oder Vertragsärzte tätig sind. Dieses Modell gibt es seit 2004. Ziel ist es, den Patienten ein fächerübergreifende Versorgung „aus einer Hand“ zu bieten. Es müssen mindestens zwei Ärzte aus unterschiedlichen Fachrichtungen in einem MVZ arbeiten, ein Mediziner ist als „ärztliche Leitung“ der Chef. Inzwischen gibt es im Lande 47 dieser Zentren mit 218 Ärzten. Die meisten befinden sich in größeren Städten: neun sind in Kiel, 19 im Hamburger Umland. Die Landesregierung steht den MVZ „grundsätzlich positiv“ gegenüber. So könnten Wartezeiten verkürzt und Doppelunter-

suchungen vermieden werden, heißt es in dem Bericht. Andererseits befürchtet das Sozialministerium aber eine „Ausdünnung der ärztlichen Versorgung in ländlichen Bereichen“.

**TOP 28 Beitritt Schleswig-Holsteins zum europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2646), geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen fordern die Landesregierung auf, dem europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“ wieder beizutreten. Schleswig-Holstein war vor vier Jahren aus dem Verbund ausgetreten, in dem rund 170 Regionen und mehr als 4.500 Gemeinden in der gesamten Europäischen Union zusammengeschlossen sind. Zur Begründung verweisen die Grünen darauf, dass „eine Breite Mehrheit der Bevölkerung“ die Gentechnik in der Landwirtschaft ablehne. Zudem funktioniere das Nebeneinander von gentechnisch modifiziertem und gentechnikfreiem Anbau nicht, weil immer wieder gentechnisch veränderte Pollen mit der genfreien Saat in Kontakt kämen. Dies erschwere auch die Vermarktung schleswig-holsteinischer Agrarprodukte.

**TOP 44 Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung – Europabericht 2009, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2616), geplanter Aufruf 16:30 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

Die Landesregierung präsentiert dem Plenum ihren jährlichen Europabericht rechtzeitig vor der Europawahl, die am 7. Juni stattfindet. Einige Aspekte des über 100 Seiten starken Papiers: **Länderübergreifende Zusammenarbeit** - Zu den zentralen europapolitischen Schwerpunkten des Landes gehört nach wie vor eine intensive Ostseezusammenarbeit. Ziel ist es, den Ostseeraum langfristig als maritime Modellregion Europas zu etablieren. Vorgebracht werden sollen etwa das internationale maritime Cluster, die Schiffssicherheit, der Meeresschutz sowie die maritime Forschungszusammenarbeit. Um dies zu erreichen, will Schleswig-Holstein seine Vorsitzfunktion in der Arbeitsgruppe Meerespolitik der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC) gezielt nutzen. Gleichzeitig hat die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark Priorität. Schwerpunkte sind grenzüberschreitender Arbeitsmarkt, feste Fehmarnbeltquerung, Sprachförderung und Jugendaustausch. **Klima- und Energiepolitik** - Im Rahmen der klima- und energiepolitischen EU-Ziele engagiert sich die schleswig-holsteinische Regierung weiterhin für die Minderung des globalen Klimawandels und die Nutzung Erneuerbarer Energien. Im Bereich der Klimapolitik unterstützt sie den Bund mit dem im Januar 2008 vorgelegten Aktionsplan „Schleswig-Holstein - Aktiv im Klimaschutz“. Im Einklang mit der Bundespolitik werden unter anderem Maßnahmen unternommen, um den Anteil von Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auf 25 Prozent zu erhöhen („Energieeffizienzinitiative

Schleswig-Holstein“, 2008-2010). **Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein** - Die Umsetzung des von der EU in den Jahren 2007 bis 2013 geförderten „Zukunftsprogramms Schleswig-Holstein“ soll im laufenden Jahr mit konkreten Maßnahmen fortgesetzt werden.

**TOP 39 Kieler Universitätscampus und Denkmalschutz, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2519), geplanter Aufruf 17:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Staatskanzlei verteidigt das Vorhaben, Teile der Kieler Christian Albrechts Universität (CAU) unter Denkmalschutz zu stellen. Grundlage des Regierungsberichts ist ein Vorstoß der FDP, die der Unterschützstellung kritisch gegenüber steht. In dem Bericht heißt es: Der Kieler Campus sei „eine hochschulpolitisch und architekturhistorisch bedeutsame Gruppe von Bauten innerhalb des westdeutschen Hochschulwesens nach 1945“. Deswegen bestehe ein öffentliches Interesse an den Bauwerken, und es gebe keine Alternative zum Eintrag ins Denkmalsbuch. Die Liberalen befürchten erhebliche Mehrkosten für die Uni, wenn sie die zum Teil stark sanierungsbedürftigen Häuser instand setzen muss. Auch das Landes-Wissenschaftsministerium ist skeptisch und hat Widerspruch gegen die Denkmal-Pläne eingelegt. Das Landesamt für Denkmalpflege will Gebäude wie das Auditorium Maximum, das Verwaltungshochhaus, den Sechseckbau, die alte Uni-Bibliothek und das Sportforum langfristig schützen. Die Sportstätte wurde beispielsweise von dem Architekten Meinhard von Gerkan entworfen, der unter anderem auch den neuen Hauptbahnhof in Berlin realisiert hat. Das 1970 fertig gestellte Audimax basiert auf einem Entwurf des Kieler Architekten Wilhelm Neveling.

**Donnerstag, 7. Mai 2009, 10:00 bis 18:00 Uhr**

**TOP 16 Vorzeitige Beendigung der 16. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2628), Änderungsantrag der FDP (Drs. 16/2643), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

Die Opposition im Landtag bleibt bei ihrer Forderung nach Neuwahlen. Trotz der Absage der großen Koalition haben Grünen und FDP entsprechende Anträge eingereicht. Die Grünen wollen die Wähler am 12. Juli, die Liberalen erst am 27. September – parallel zur Bundestagswahl - an die Urnen rufen. Eine Mehrheit für den Oppositionsantrag ist jedoch nicht zu erwarten, da CDU und SPD nach tagelangen Spekulationen klargestellt haben, dass sie den Landtag erst regulär am 9. Mai 2010 wählen lassen wollen. Zur Auflösung des Parlaments ist laut Landesverfassung eine Zweidrittelmehrheit der 69 Abgeordneten notwendig. In diesem Fall müsste binnen 70 Tagen neu gewählt werden.

**TOP 17 Keine Landesmittel für den Ausbau von Lübeck-Blankensee, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2629), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen stellen sich erneut gegen den Ausbau des Regionalflughafens Lübeck-Blankensee. Sie fordern das Land auf, keine Kredite für die geplante Startbahnverlängerung, den Bau eines neuen Terminals und die weiteren vorgesehenen Baumaßnahmen zur Verfügung zu stellen, „um weiteren finanzpolitischen Schaden von der Stadt Lübeck abzuwenden“. Zur Begründung verweisen die Grünen auf ein Gutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Uhlenhorster Treuhand GmbH, das die Nachbargemeinde Groß Grönau in Auftrag gegeben und im April vorgestellt hat. Demnach wird der Airport auch im Jahr 2020 noch rote Zahlen schreiben – selbst dann, wenn die angestrebten Passagierzahlen von 3,25 Millionen pro Jahr bis dahin erreicht werden sollen. Groß Grönau hat zudem beim Oberverwaltungsgericht Schleswig gegen die im Februar durch das Landeswirtschaftsministerium erteilte Ausbaugenehmigung für den Flughafen geklagt.

**TOP 20 Durchgehende AKN-Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Hauptbahnhof, Antrag der FDP (Drs. 16/2636), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die FDP fordert die „dauerhafte und ganztägige Durchfahrt“ des Bahnunternehmens AKN von Bad Bramstedt bis zum Hamburger Hauptbahnhof. Hierfür soll sich die Landesregierung, die den 49,89-prozentigen Landesanteil an dem Unternehmen verwaltet, beim Vorstand einsetzen. Zweiter großer Anteilseigner ist Hamburg mit 50 Prozent. Das Unternehmen AKN bedient den Nahverkehr von der Hansestadt nach Kaltenkirchen und Neumünster sowie auch nach Norderstedt und Elmshorn. Auf diesen Strecken transportiert es etwa 13 Millionen Fahrgäste pro Jahr. Zudem ist die AKN im Güterverkehr aktiv und an der Schleswig-Holstein-Bahn und der Nordbahn beteiligt. Das 1883 gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Kaltenkirchen und beschäftigt rund 350 Mitarbeiter. Medienberichten zufolge will das Land seine Anteile verkaufen. Als Käufer ist unter anderem die Hamburger Hochbahn im Gespräch.

**TOP 21 Umfassende Prüfung der Auswirkungen einer Umverteilung des Frequenzbandes von 790 bis 862 MHz, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2638), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen befürchten, dass die geplante Öffnung von Sendefrequenzen für Mobilfunkanbieter zulasten von Rundfunksendern sowie von Kulturveranstaltungen geht. Hintergrund: Nach Willen der Bundesregierung soll der Bereich zwischen 790 und 862

Megahertz (MHz) für den Mobilfunk freigegeben werden. Dies, so die Sorge, könne zu Übertragungsstörungen für TV- und Radiosender wie auch für Funkmikrofone führen. Folge: Die Sender wären in vielen Regionen schlecht oder gar nicht mehr zu empfangen. Und: Konzerte, Theater- und Opernveranstaltungen, Sport-Events oder Volksfeste, wo drahtlose Mikros eingesetzt werden, hätten aufgrund der größeren Feldstärke der Mobilfunk-Übertragungen mit Störungen zu rechnen. Vor diesem Hintergrund verlangt die Oppositionsfraktion eine „Technologiefolgeabschätzung“. Ohne eine solche Prüfung dürfe die Landesregierung der „Zweiten Verordnung zur Änderung der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung“ am 15. Mai im Bundesrat nicht zustimmen.

**TOP 29 Kein CO<sub>2</sub>-Endlager in Nordfriesland, Antrag des SSW (Drs. 16/2647), geplanter Aufruf 12:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Der SSW wendet sich erneut gegen die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken, die der Energiekonzern RWE Dea an der Westküste plant. Da das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie das Projekt genehmigen müsse, habe es die Landesregierung in der Hand, die CO<sub>2</sub>-Speicherung zu stoppen. Mit dieser neuen Technologie, auch bekannt als CCS (Carbon Capture and Storage), soll das Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken abgeschieden, verflüssigt und anschließend unterirdisch gespeichert werden. Das Land Schleswig-Holstein und der Energiekonzern RWE Dea haben bereits im März 2008 ein Versuchsprojekt hierzu gestartet. In Schleswig-Holstein sollen danach an drei Stellen die Möglichkeiten der CO<sub>2</sub>-Speicherung untersucht werden. Dabei handelt es sich um Gebiete in Nordfriesland, Ostholstein und der küstennahen Nordsee außerhalb der Zwölf-Meilen-Zone. Die Ergebnisse der seismischen Untersuchungen könnten nach Angaben des Ministeriums Ende dieses Jahres vorliegen. Sollten sich die geologischen Vorannahmen bestätigen, würde im Frühsommer 2010 eine Erkundungsbohrung vorgenommen werden.

**TOP 18 Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein, Antrag der FDP (Drs. 16/2634), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

Die FDP schlägt verschiedene Maßnahmen vor, mit denen kleine und mittelständische Unternehmen die Wirtschaftskrise besser überstehen sollen. Hierzu gehört etwa ein leichter Zugriff auf Darlehen und staatliche Kleinkredite für Mini-Unternehmen und Freiberufler nach dem Vorbild der baden-württembergischen Innovationsgutscheine. Außerdem fordern die Liberalen ein Programm zur betriebswirtschaftlichen Beratung, das Unternehmen eine Schwachstellenanalyse und eine bessere Vorbereitung auf Bankgespräche bietet. Und: Die vierteljährlichen Steuervorauszahlungen der Unternehmen sollen heruntergefahren werden.

**TOP 24 Beschlüsse der Gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz vom 22. April 2009, Antrag der FDP, geplanter Aufruf 16:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

Die FDP fordert die Landesregierung auf, über die Ergebnisse der jüngsten Wissenschaftsministerkonferenz Ende April zu berichten und die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein darzulegen. Die Bildungsminister von Bund und Ländern wollen mit der Fortschreibung von drei Milliarden-Sonderprogrammen Hochschulen und Forschung bis 2015 fit für die Zukunft machen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder sollten am 4. Juni in Berlin die drei Pakte mit einem Volumen von 18 Milliarden Euro besiegeln - doch die Finanzminister wollen wegen unkalkulierbarer Haushaltsrisiken eine Entscheidung erst nach der Bundestagswahl.

**TOP 40 Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen, Bericht der Landesregierung (Drs. 16/2525), geplanter Aufruf 17:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Das Wissenschaftsministerium stellt in einem von den Grünen angeforderten Bericht dar, wie ausländische Schul-, Berufs- und Uniabschlüsse in Deutschland anerkannt werden. Die Grünen hatten eine vereinfachte und bundesweit einheitliche Bestätigung der Zeugnisse von Migranten gefordert. Das Landes-Wissenschaftsministerium verweist in dem Bericht auf die „hohe Qualität des deutschen Bildungssystems“. Eine „Herabstufung von Qualitätsansprüchen“ dürfe nicht hingenommen werden, „nur um die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen“. Die Prüfung ausländischer Abschlüsse sei insbesondere bei Zuwanderern aus Nicht-EU-Ländern zeitaufwändig und könne bis zu einem Jahr dauern. Hinzu kommt, dass sich mehrere Bundesländer weigern, die für akademische Zeugnisse zuständige Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen in Bonn (ZaB) mit zusätzlichem Personal auszustatten. Der Bericht verweist darauf, dass es derzeit eine Reihe von Initiativen gebe, um die Anerkennung ausländischer Abschlüsse zu erleichtern. So haben Bund und Länder beim so genannten Bildungsgipfel im letzten Oktober das Ziel formuliert, die Anerkennung zu beschleunigen. Zudem regt die Landesregierung bessere Abstimmungen auf Bundes- und EU-Ebene an.

**TOP 23 Schaffung eines „Parlamentsforums Nordsee“, Antrag von CDU und SPD (Drs. 16/2640), geplanter Aufruf 17:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Für die Gründung eines „Parlamentsforums Nordsee“ sprechen sich CDU und SPD aus. Anders als im Ostseeraum, wo Volksvertretungen aus Deutschland, Polen, Schweden und Russland seit fünf Jahren im „Parlamentsforum Südliche Ostsee“ zusammenarbeiten, gibt es im Nordseeraum „weniger gewachsene Kooperationsstrukturen“, wie es in dem Antrag heißt. Als ersten Schritt schlagen die Koalitionsfraktionen

einen „Aufstaktkongress“ vor. Hieran sollen sich die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Niedersachsen sowie „interessierte Anrainerstaaten“ beteiligen. Ziel des Forums soll es sein, „eine nachhaltige Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschafts-, Kultur- und Meeresraums sicherzustellen“. Hiervon könne Schleswig-Holstein wirtschaftlich, ökologisch, sozial und kulturell profitieren.

**Freitag, 8. Mai 2009, 10:00 bis 13:00 Uhr**

**TOP 12 Soziales Europa, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD (Drs. 16/2611), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten**

Die Landesregierung präsentiert ihre 90-seitige Antwort auf eine 50 Fragen umfassende Große Anfrage der SPD zum Thema Soziales Europa. 2010 ist das „Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“. Einige Aspekte des Papiers aus dem Europaministerium: Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt ist im deutsch-dänischen Grenzraum im letzten Jahrzehnt rasant gewachsen. Pendelten im Jahr 2000 noch 1.650 schleswig-holsteinische Arbeitnehmer ins nördliche Nachbarland, so waren es im vergangenen Jahr 18.150. Das europäische Job-Netzwerk EURES hat hieran nur einen geringen Anteil. Lediglich 2.742 Arbeitssuchende sind in den vergangenen neun Jahren über EURES nach Dänemark vermittelt worden. Ein großes Problem auf dem deutsch-dänischen Arbeitsmarkt bleibt die fehlende gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen. Das Arbeits- und Europaministerium strebt hier eine ähnliche Lösung an, wie sie 2004 zwischen Deutschland und Frankreich getroffen wurde. Allerdings handele es sich um ein „sehr zeitaufwendiges Verfahren“, konkrete Ergebnisse gebe es noch nicht.

Besser sieht es im Hochschulbereich aus: Mit der Bologna-Deklaration von 1999 haben die europäischen Staaten das Ziel ausgegeben, ein System vergleichbarer und leicht verständlicher Hochschulabschlüsse zu schaffen. Zudem sieht die Lissabon-Konvention aus dem Jahr 2007 die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und -abschlüssen vor.

In den vergangenen Jahren ist ein Anstieg illegaler scheinselfständiger Beschäftigung in Schleswig-Holstein zu verzeichnen, insbesondere durch osteuropäische Handwerker, etwa Fliesenleger und Gebäudereiniger. Wie sich der hiesige Arbeitsmarkt entwickelt, wenn die Grenzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt, wie es die EU-Dienstleistungsrichtlinie vorsieht, endgültig fallen, ist nach Einschätzung der Landesregierung noch nicht abzusehen. Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer ist aber laut dem Papier „ein wichtiger Baustein zur vollständigen Gewährleistung der Grundfreiheiten in

der Europäischen Union“. Und: Sie leiste einen Beitrag zur Bekämpfung des Facharbeitsmangels in Deutschland.

**TOP 13 Umsetzung des ECOFIN-Beschlusses zur Anwendung reduzierter Mehrwertsteuersätze, Antrag der FDP (Drs. 16/2558), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die FDP fordert, dass eine Reihe von Dienstleistungsbranchen statt 19 nur noch sieben Prozent Mehrwertsteuer zahlen müssen – etwa Hotels, Gaststätten, Handwerker, häusliche Betreuung und die Baubranche. Die Landesregierung soll sich hierfür im Bundesrat einsetzen. Die Steuersenkung würde nach Auffassung der Liberalen die Konjunktur ankurbeln und Arbeitsplätze sichern. Mit der Initiative bezieht sich die FDP auf eine Absprache der EU-Finanzminister vom Monatsanfang. Künftig können die EU-Staaten demnach für bestimmte „arbeitsintensive Dienstleistungen“ eine verminderte Mehrwertsteuer erheben. Es ist den EU-Staaten freigestellt, diese Änderung auf nationaler Ebene einzuführen oder nicht.

**TOP 14 Resettlement – für eine neue Flüchtlingspolitik, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2594), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen sprechen sich für ein Resettlement-Programm nach den Kriterien des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge UNHCR aus. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine regelmäßige freiwillige Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland nach diesen Kriterien einzusetzen - zusätzlich zur normalen Asylpolitik. Das Land soll zudem die Kommunen bei der Integration der Neuankömmlinge beraten. Dabei soll die Schutzbedürftigkeit der Betroffenen das zentrale Auswahlkriterium sein, und den Flüchtlingen soll von Anfang an eine dauerhafte Lebensperspektiven in Deutschland ermöglicht werden. Als ein erstes Beispiel für eine solche an der aktuellen Not orientierte Aufnahmepolitik verweisen die Grünen auf die im letzten November von der Innenministerkonferenz vereinbarte Aufnahme von 2.500 Flüchtlingen aus dem Irak.

**TOP 22 Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein, Antrag von CDU und SPD (Drs. 16/2639), geplanter Aufruf 12:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Einen mündlichen Bericht der Landesregierung zur Arbeit der Europaschulen im Lande haben CDU und SPD beantragt. Dabei wird auch erfragt, wie und in welchem Umfang das Land die Europaschulen fördert. 1996 wurden die ersten Schulen in Schleswig-Holstein zu Europaschulen ernannt. Inzwischen sind es 28 Grund- und Hauptschulen,

Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Berufliche Schulen. Sie alle sind einem gemeinsamen Europakonzept verpflichtet und in ihrer Arbeit an Leitlinien orientiert, das jeweilige Profil setzt unterschiedliche Schwerpunkte. Ziel der Europaschulen ist es, Schüler und Auszubildende offen und zugleich fit zu machen für das Leben und Arbeiten in Europa sowie Mitgestalten von Europa. Nähere Informationen stehen im Internet unter [www.europaschulen-sh.de](http://www.europaschulen-sh.de).

**TOP 27 Besser lernen in schallgedämmten Räumen – mehr Lärmschutz in Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten, Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/2645), geplanter Aufruf 12:30 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten**

Die Grünen fordern besseren Lärmschutz in Schulen, Hochschulen und Kindergärten. Die Landesregierung soll mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II dafür sorgen, dass die entsprechenden DIN-Schallschutznormen im Bildungsbereich angewendet werden. Nach Auffassung der Oppositionsfraktion soll es einen Zuschuss von bis zu 2.000 Euro pro Klassenzimmer für diesen Zweck geben. Zur Begründung verweisen die Grünen auf die „hohen Belastungen schlechter Raumakustik für den Lernprozess“. Die schlechte Akustik „verstärkt den Anreiz, im Unterricht ganz abzuschalten oder andere zu übertönen“, heißt es weiter.

**Hinweis:**

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) unter *plenum-online*. Die Mai-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des 5. Mai 2009 ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Der Sender *Kiel TV* (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.

## Reihenfolge der Beratung der 43. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
	<b>Mittwoch, 6. Mai 2009</b>		
<b>43</b>	<b>Zukünftige Aufstellung der HSH-Nordbank</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
<b>42</b>	<b>Berichterstattung zur Situation der Sparkassen</b>	<b>30</b>	<b>11:00</b>
7	Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein	30	11:30
10	Gesetz zur innerkommunalen Funktionalreform	30	12:00
41	Europapolitische Bedeutung des Verbraucherschutzes und Situation des EVZ	30	15:00
38	Entwicklung der Medizinischen Versorgungszentren	30	15:30
28	Beitritt Schleswig-Holsteins zum europäischen Netzwerk "Gentechnikfreie Regionen"	30	16:00
44	Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung - Europabericht 2009	60	16:30
39	Kieler Universitätscampus und Denkmalschutz	30	17:30
	<b>Donnerstag, 7. Mai 2009</b>		
<b>16</b>	<b>Vorzeitige Beendigung der 16. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages</b>	<b>60</b>	<b>10:00</b>
17	Keine Landesmittel für den Ausbau von Lübeck Blankensee	30	11:00
20	Durchgehende AKN-Anbindung des Kreises Segeberg an den Hamburger Hauptbahnhof	30	11:30
21	Umfassende Prüfung der Auswirkungen einer Umverteilung des Frequenzbandes von 790 bis 862 MHz	30	12:00
29	Kein CO <sub>2</sub> -Endlager in Nordfriesland	30	12.30

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
18	<b>Investitionserleichterungsprogramm zur Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Schleswig-Holstein</b>	60	15:00
24	Beschlüsse der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 22. April 2009	60	16:00
40	Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen	30	17:00
23	Schaffung eines "Parlamentsforums Nordsee"	30	17:30
<b>Freitag, 8. Mai 2009</b>			
12	Soziales Europa	60	10:00
13	Umsetzung des ECOFIN-Beschlusses zur Anwendung reduzierter Mehrwertsteuersätze	30	11:00
14	Resettlement - Für eine neue Flüchtlingspolitik	30	11:30
22	Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein	30	12:00
27	Besser Lernen in schallgedämmten Räumen! Mehr Lärmschutz in Schulen, Hochschulen und Kindertagesstätten	30	12:30

**Zu folgendem Tagesordnungspunkt ist eine Aussprache nicht vorgesehen:**

TOP		
34	Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.01.2009 bis 31.03.2009	5
36	Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens der Volksinitiative für die Erhaltung der Realschulen	5

**Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 16/2651):**

TOP	
2	Gesetz zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag
3	Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein
4	Vorschaltgesetz zur Neuregelung des Landesplanungsrechts
8	Gesetz zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes, des Landesmeldegesetzes und des Landesstatistikgesetzes

9	Änderung des Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften“ im Zusammenhang mit einer Namensänderung der Stiftung
11	Gesetz zur Anpassung des Landesverwaltungsgesetzes an § 113b des Telekommunikationsgesetzes
15	Einwilligung in den Erwerb eines Grundstücks in Kiel, Westring 383
19	Bauliche Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit im Rahmen des Konjunkturpaketes
25	Umsetzung des "Konjunkturpakets II" in Schleswig-Holstein
26	Stand und Perspektiven von Denkmalschutz und Denkmalpflege in Schleswig-Holstein
30	CCS-Versuchsprojekt in Schleswig-Holstein
31	Deutsch-dänische Infrastrukturplanung intensivieren
32	Kindergeldzuschlag und Wohngeld anstatt Hartz IV
33	Mehr Frauen in Führung
35	Mittelfristige Finanzplanung dem Landtag vorlegen
37	Klimaschutzziele nicht verwässern
45	Verfassungsschutzbericht 2008
46	Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein

**Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:**

5	Gesetz zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein
6	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Grundsätze zur Entwicklung des Landes